Wildbader Tagblatt

Enztalbote — Wildbader Zeitung

Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.66 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtssparkasse Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Häberle & Co., Wildbad; Pforzheimer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postscheckkonto 201 76 Stuttgart.

Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil die einspaltige 46 mm breite Millimeterzeile 4 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 3 Pf.; im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 12 Pf. — Rabatt nach vorgeschriebenem Tarif. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlaßgewährung weg.

Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Gack, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 86, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 78 | Fernruf 479 | Dienstag den 2. April 1935 | Fernruf 479 | 70. Jahrgang

Gesetz über Reichshaushaltsführung

Der Uebergang bis zur Fertigstellung des Reichsetats 1935

Im Reichsgesetzblatt wird das Gesetz über die Haushaltführung im Reich veröffentlicht. Daraus ist hervorzuheben:

Die Garantien des Reichsfinanzministers

§ 7.

1. Die dem Reichsminister der Finanzen früher erteilten Garantieermächtigungen bleiben für das Rechnungsjahr 1935 in Kraft.

2. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, Garantien zu übernehmen:

a) zur Förderung des deutschen Außenhandels bis zum Höchstbetrage von 200 Millionen RM.;

b) zur Ordnung des Marktes für Vieh- und Schlachterzeugnisse bis zur Höhe von 30 Millionen RM.;

c) zur Förderung der deutschen Schafhaltung und Wollerzeugung bis zur Höhe von 8 Millionen RM.;

d) zur Ordnung des Marktes für Eier bis zur Höhe von 25 Millionen RM.;

e) zur Regelung des Butter- und Fettmarktes bis zur Höhe von 20 Millionen RM.;

f) zur Beschaffung von Betriebskrediten für Flachs- und Hanfröstanstalten bis zur Höhe von 5 Millionen RM.;

g) zur Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf dem Gebiete der Landeskultur bis zum Höchstbetrage von 100 Millionen RM.;

h) dafür, daß für die aus Reichsbesitz im Rechnungsjahr 1935 zum Verkauf kommenden Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahngesellschaft den Inhabern dieser Wertpapiere eine Dividende von mindestens 7 Prozent jährlich gezahlt wird.

3. Der Höchstbetrag, den die neuen Bürgschaftsverpflichtungen auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung vom 31. März 1931 nicht überschreiten dürfen, wird für das Rechnungsjahr 1935 auf 75 Millionen RM. festgestellt.

4. Der Höchstbetrag, den die jeweiligen Bürgschaftsverpflichtungen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930, VII. Teil, Kapitel 2 — Uebernahme von Bürgschaften zugunsten des Kleinwohnungsbaues — nicht überschreiten dürfen, wird für das Rechnungsjahr 1935 auf 10 Millionen RM. festgestellt.

5. Lautet eine vom Reich garantierte Forderung über eine ausländische Währung, so wird für die Anrechnung der Garantieverpflichtung auf die Ermächtigungssumme ihr Reichsmarkbetrag nach den Mittelkursen errechnet, die in der letzten vor der Garantieerklärung ausgegebenen Steuerkursbeilage des Deutschen Reichsanzeigers und Preußischen Staatsanzeigers für Auszahlungen veröffentlicht sind. Dies gilt auch, sofern auf Grund früherer Ermächtigungen Forderungen über ausländische Währungen garantiert sind.

§ 8.

Im Rechnungsjahre 1935 erhält die Deutsche Reichspost für die Auszahlung von Renten aus der Unfall- und aus der Invalidenversicherung und für den Verkauf von Marken der Invalidenversicherung von den beteiligten Versicherungsträgern eine Vergütung; die Höhe setzt der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichspostminister fest.

Freie Planstellen

§ 9.

1. Im Rechnungsjahre 1935 müssen in den Hoheitsverwaltungen freiwerdende besetzbare Planstellen des unteren und des einfachen mittleren Dienstes, soweit sie nicht mit entbehrlichen Beamten oder soweit sie nicht im Wege der Versetzung oder innerhalb der gleichen Laufbahn im Wege der Beförderung besetzt werden, zum mindesten 90 Prozent mit geeigneten Wartegeldempfängern oder mit Versorgungsanwärtern besetzt werden. Das gleiche gilt für 50 Prozent der freiwerdenden Stellen des gehobenen mittleren Dienstes. Die Besetzungssperre nach den Sätzen 1 und 2 gilt nur für Planstellen solcher Laufbahnen, die dem Stellenvorbehalt für Versorgungsanwärter unterliegen. Sie gilt nicht für die Stellenbesetzung mit Personen, die am 31. Oktober 1931 bereits außerplanmäßige Beamte waren.

2. Absatz 1 Sätze 1 bis 3 gilt für die Deutsche Reichspost mit der Maßgabe, daß freiwerdende besetzbare Planstellen

a) des unteren Dienstes nur zu 80 Prozent,

b) des einfachen mittleren Dienstes nur zu 90 Prozent mit geeigneten Wartegeldempfängern oder Versorgungsanwärtern besetzt zu werden brauchen und daß auf die restlichen zehn Teile die vorhandenen außerplanmäßigen Beamten anzurechnen sind.

3. Ausnahmen sind zulässig, wenn Versorgungsanwärter nicht vorgemerkt und auch durch Ausschreibung nicht zu erlangen sind.

§ 10.

1. Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, Planstellen von Beamten der Länder von dem Haushalt eines Landes auf den des Reiches oder eines anderen Landes zu übertragen.

2. Werden im Falle des Absatzes 1 die Stelleninhaber gleichzeitig übernommen, so führen sie bis zum Ende des Rechnungsjahres oder bis zu einer anderweitigen gesetzlichen Regelung ihre bisherigen Amtsbezeichnungen weiter; sie erhalten bis dahin Grundgehalt nach den Sätzen, die ihnen nach dem Recht des Landes, aus dem sie übernommen werden, zustehen.

§ 11.

Der Reichsminister der Justiz wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen Ausgaberechte, die bei übertragbaren Titeln der Justizhaushalte der Länder am Schluß des Rechnungsjahres 1934 verblieben sind, zu den in diesen Titeln vorgesehenen Zwecken für das Reich in Anspruch zu nehmen.

Berlin, 29. März 1935.

Der Führer und Reichskanzler:
(gez.) Adolf Hitler.

Der Reichsminister der Finanzen:
(gez.) Graf Schwerin von Krosigk.

Abschluß in Moskau

Der amtliche Bericht

Moskau, 1. April. Ueber die Besprechungen, die der englische Lordsiegelbewahrer Eden während seines Aufenthaltes in Moskau gepflogen hat, wurde folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

Im Laufe der letzten Tage fanden zwischen Eden und Litwinow Unterredungen über die hauptsächlichsten Momente der heutigen internationalen Lage statt, darunter über den vorgesehenen Ostpakt, über die im englisch-französischen Communiqué vom 3. Februar dargelegten Fragen sowie über die weitere Entwicklung und Besserung der englisch-sowjetrussischen Beziehungen. Während seines Aufenthalts in Moskau wurde Eden von Stalin und Molotow empfangen. Er hatte Gelegenheit, mit ihnen über die gleichen Angelegenheiten in einen Meinungsaustausch einzutreten. Während der Unterredungen unterrichtete Eden Litwinow über die kürzlichen Unterredungen zwischen den britischen Ministern und dem deutschen Regierungsoberhaupt. Es wurde festgestellt, daß diese Unterredungen zur Klärung der europäischen Lage beitrugen. Sowohl Eden als auch Stalin, Molotow und Litwinow waren der Meinung, daß es angesichts der heutigen internationalen Lage mehr denn je notwendig sei, die Anstrengungen zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa fortzusetzen, wie dies im englisch-französischen Communiqué vom 3. Februar vorgesehen sei und in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Völkerbundes stehe. In der Unterredung mit Eden betonten Stalin, Molotow und Litwinow, daß die Organisierung der Sicherheit in Osteuropa und der vorgesehene Pakt zur gegenseitigen Unterstützung nicht die Isolierung oder Einkreisung irgend eines Staates bezwecke, sondern die Schaffung der Garantie gleicher Sicherheit für alle Paktteilnehmer und daß die Teilnahme Deutschlands und Polens an dem Pakt als beste Lösung der Frage begrüßt würde.

Als Ergebnis des erschöpfenden, aufrichtigen Meinungsaustausches wurde festgestellt, daß gegenwärtig **keinerlei Widersprüche bezüglich der Interessen beider Regierungen in keiner einzigen Hauptfrage der internationalen Politik** bestehen und daß diese Tatsachen ein festes Fundament für die Entwicklung fruchtbringender Arbeit zwischen ihnen für die Sache des Friedens schafft. Sie sind überzeugt, daß beide Länder in dem Bewußtsein, daß die Integrität und das Wohlergehen jedes Einzelnen den Interessen des anderen entsprechend, sich bei ihren gegenseitigen Beziehungen nach jenem Geiste der Zusammenarbeit und der loyalen Erfüllung übernommener Verpflichtungen richten werden, der aus ihrer gemeinsamen Teilnahme an der Völkerbundsarbeit folgt. Im Lichte dieser Erwägungen festigte sich bei ihnen sowie auch bei Stalin, Molotow und Litwinow die Meinung, daß die freundschaftliche Zusammenarbeit beider Länder zur kollektiven Organisierung des Friedens und der Sicherheit und für die weitere Aktivierung der internationalen Beziehungen in dieser Richtung von erstrangiger Wichtigkeit ist.

•

Londoner Stimmen

London, 1. April. Die Blätter veröffentlichen eingehende Nachrichten über den letzten Tag des Besuchs des Lordsiegelbewahrers Eden in Moskau, sowie den amtlichen Bericht. In dem Bericht des diplomatischen Berichterstatters des „Daily Telegraph" aus Moskau heißt es u. a., der dringende Wunsch der Sowjetregierung, dem Bericht einen Wortlaut zu geben, der zum Ausdruck bringen sollte, daß Großbritannien eine Haltung unzweideutigen Wohlwollens gegenüber einem östlichen Sicherheitssystem einnehme, das ohne Deutschland abgeschlossen werde, aber jederzeit dessen Beitritt ermögliche, habe am Sonntagabend zu weiteren Beratungen geführt. Eden habe sich genötigt gesehen, nachdrücklichst darauf hinzuweisen, daß er nicht in der Lage sei, vor Beendigung seiner Reise, Versprechungen über die Haltung seiner Regierung abzugeben.

Die Erklärung, daß die Organisation der östlichen Sicherheit nicht auf die Vereinzelung oder Einkreisung irgendeines Staats abziele, werde in London begrüßt werden. Der Satz des Berichts, in dem beide Länder anerkennen, daß die gegenseitige Unverletzlichkeit für sie wichtig sei und daß sie dem Völkerbund treubleiben, zeige einen deutlichen Fortschritt in der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem bolschewistischen Rußland und dem kapitalistischen England. Im gleichen Geiste würden wohl wirtschaftliche Fragen von beiden Regierungen geprüft werden, und Eden sei in der Lage, dem Kabinett Anregungen zu unterbreiten, die sich auf weitere russische Bestellungen in Großbritannien bei Gewährung neuer Kredite bezögen. Der Hauptwert des Besuchs liege aber in der Beseitigung des Mißtrauens und der Herstellung einer neuen Atmosphäre der Freundschaft und Freimütigkeit.

„Daily Herald" überschreibt seinen Bericht: „Die Rivalität zwischen England und Sowjetrußland ist zu Ende". Der diplomatische Berichterstatter des Blattes meldet aus Moskau, die zurückhaltenden Worte des Berichts, die von freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern sprächen, enthüllten eine hochwichtige Tatsache, die für den Frieden Europas und der Welt höchst bedeutungsvoll sei. Seit Jahren sei jedes Außenministerium von der Annahme ausgegangen, daß England und die Sowjetunion notwendigerweise Feinde seien oder jedenfalls einander unfreundlich gegenüberständen. Jetzt seien infolge der Besprechungen Edens mit Stalin und Litwinow beide Seiten nicht nur überzeugt, daß ein Konflikt nicht notwendig sei, sondern sie seien geradezu erstaunt, zu finden, wie nahe sie einander in ihren Ansichten von den Weltfragen ständen.

Litwinows Ausspruch von der „Unteilbarkeit des Friedens" sei von jetzt ab der Hauptgrundsatz der europäischen Politik. Die Engländer und die Sowjetrussen seien sich einig darüber, daß jede Art Einkreisung unerwünscht sei, daß Deutschlands Teilnahme wichtig sei und daß Deutschland durchaus „fair" bei voller Anerkennung seiner Gleichberechtigung behandelt werden müsse. Zugleich könne aber Deutschland nicht durch die Verweigerung seiner Teilnahme die Errichtung eines Sicherheitssystems verhindern.

Der Sonderberichterstatter der „Times" in Moskau liest aus dem amtlichen Bericht über Edens Besprechungen eine Belebung der englisch-sowjetrussischen Beziehungen heraus. Nach einer Mitteilung von vertrauenswürdiger Seite soll Stalin an Eden die Frage gerichtet haben, ob er die Kriegsgefahr heute für größer oder geringer halte als im Jahre 1914. Eden habe geantwortet, seiner Ansicht nach sei sie weniger groß. Stalin habe sich zur gegenteiligen Auffassung bekannt.

Der „Times"-Berichterstatter gibt auch die Darlegungen wieder, mit denen Stalin die Auffassung begründet haben soll. Sie verdienen niedriger gehängt zu werden Stalin hat nämlich dem Blatt zufolge erklärt, es habe 1914 nur eine Nation gegeben, deren Ausdehnungsbestrebungen die Kriegsgefahr heraufbeschworen, während 1935 es zwei Nationen gebe: Deutschland und Japan. Stalin sei aber nicht weitschweifig auf die deutsche Gefahr eingegangen, sondern habe im Gegenteil Achtung vor dem deutschen Volk und seinen Eigenschaften. Er habe die Ueberzeugung ausgedrückt, daß ein Versuch, eine Nation in der Mitte Europas niederzuhalten oder zu vereinzeln, vergeblich

Tagesspiegel.

In Ungarn hat bei den Parlamentswahlen, deren erster Teil am Sonntag stattfand, die Regierungspartei einen großen Sieg errungen.

•

Zum neuen Haushaltgesetz des Reiches sind zahlreiche Durchführungsbestimmungen erschienen.

•

Ueber das Ergebnis der Moskauer Reise Lord Edens liegt ein nicht allzu viel besagender amtlicher Bericht vor. Eden traf bereits in Warschau ein.

•

In Amsterdam hielt die holländische nationalsozialistische Bewegung bei starker Beteiligung ihren „Landtag" ab.

•

Auf einem geheimen Konsistorium im Vatikan hielt der Papst eine Rede gegen den Krieg.

•

Dr. Ley eröffnete den Versammlungsreigen der DAF. aus Anlaß der Vertrauensratswahlen in den Siemenswerken in Berlin, zu denen heute auch Rudolf Heß spricht.

•

Die Signatarmächte des Memelstatuts haben bei der litauischen Regierung einen Schritt unternommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

bleiben würde. Deswegen befinde sich Deutschland heute in einer gefährlichen Geistesverfassung, und Vorsichtsmaßnahmen seien für den Frieden Europas wichtig.

*

Paris und Moskau

Moskau, 1. April. Der Moskauer Sonderberichterstatter der Agentur Havas erklärt, es sei die übereinstimmende Auffassung zuständiger russischer Kreise, daß das Ergebnis der Moskauer Reise Edens den vielen Erwartungen, die man daran geknüpft habe, in jeder Weise gerecht geworden sei. Die amtliche Schlußverlautbarung überschreite sogar die kühnsten Hoffnungen.

„Oeuvre" dagegen erinnert daran, daß Eden nur unterrichtshalber nach Moskau gegangen sei. Wenn man auch nicht bezweifeln wolle, daß zwischen England und Sowjetrußland eine merkliche Entspannung eingetreten sei, so müsse man aber auch daran erinnern, daß nur die englische Regierung berufen sei, Schlußfolgerungen anzunehmen oder abzulehnen.

Das „Journal", das sich nie für eine zu enge französisch-sowjetrussische Zusammenarbeit begeistern konnte, unterzieht die amtliche Verlautbarung über die Moskauer Besprechungen einer sehr kritischen Betrachtung und findet darin nicht viel Anhaltspunkte für einen berechtigten Optimismus.

Französische Sonntags-Reden

Herriot über Deutschland

Paris, 1. April. Staatsminister Herriot hielt am Sonntag als Vorsitzender der Sozialradikalen Partei bei dem Schlußessen des Landesparteitags in Lyon eine innen- und außenpolitische Rede, in der er sich unter anderem gegen Währungsabenteuer wandte und zur Außenpolitik ausführte, Frankreich habe auf gewisse Hoffnungen verzichten müssen, die es gegen Deutschland gehegt habe. Nach einem Hinweis auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland fuhr Herriot fort: Trotz unserer Enttäuschung werden wir keine angreifenden Worte gegen Deutschland richten, gegen ein großes, arbeitsames Volk, das entschieden das Recht auf Würde und Sicherheit hat, gegen eine Nation, der wir im Jahre 1932 ein völlig befriedigendes Regime angeboten haben, gegen ein Land, mit dem wir gerne freundschaftlich im Rahmen des Völkerbundes zusammenarbeiten würden. Aber entgegen der Ansicht mancher Leute haben wir kein Mittel, diesem Volk den Beitritt zu einer internationalen Organisation aufzuzwingen. Es ist Herr seines Geschicks. Wenn es, wie es scheint, nicht bereit ist, in eine Zusammenarbeit (?) einzutreten, kann es uns nicht daran hindern, daß wir uns von uns aus daran beteiligen. Seine Entschließungen und seine Kommentare haben den Vorteil, die Lage zu klären und Entscheidungen herbeizuführen. Wenn Deutschland es annimmt, sich an der internationalen Zusammenarbeit zu beteiligen, so ist das die beste Lösung. Wenn Deutschland es ablehnt, wird uns nichts das Recht nehmen, Abkommen zur gegenseitigen Unterstützung zu unterzeichnen, nicht etwa reine Wortspiele, die keinen Wert hätten, sondern Abkommen, die gegenseitige Bürgschaften sicherstellen, nicht etwa Militärbündnisse nach der Art der Vorkriegsbündnisse, sondern gebietsweise Abkommen, die allen offen bleiben, die sich an ihnen beteiligen wollen, um ihren guten Willen zu beweisen. Warum sollte die Regelung von Locarno, die im Westen gut ist, nicht ebenso gut im Osten sein? Natürlich will ich, daß diese Abkommen nicht nur Deutschland offenstehen, sondern auch jenem Polen, für das Frankreich sein Blut hergegeben hat.

*

Rede des französischen Kriegsministers

Paris, 1. April. Am Samstag fand in der Sorbonne die Feier des Gründungstages der nationalen Vereinigung der Reserveoffiziere statt, deren Vorsitzender der Abgeordnete und frühere Minister Ferry ist. Anwesend waren u. a. der Präsident der Republik, Lebrun, Kriegsminister General Maurin, Luftfahrtminister General Denain, Marschall Petain, der Chef des Admiralstabs als Vertreter des Marineministers und General Weygand. Kriegsminister General Maurin hielt dabei eine Rede, in der er bedauerte, daß Frankreich seit Kriegsende schwach gewesen sei und nicht ausreichend für seine materielle Kriegsvorbereitung gesorgt habe (?). Ein Volksheer sei undenkbar ohne moralische und materielle Vorbereitung der Bevölkerung, d. h. ohne eine weitgehende militärische Ausbildung und ohne modernes Material zur Abwehr eines Einfalles. Kurze Ausbildungszeiten seien nicht vollwertig. Im Ernstfalle würde die Opferwilligkeit hinzukommen, die Frankreich im Weltkrieg gerettet und die die Heere und Völker wahrhaft stark gemacht habe, da sie allein die wirkliche Volkseinigung zustande bringen könne. Diese Einigung sei jenseits der Grenzen bei einem Volke vollzogen, das sich einem widrigen Geschick nicht beugen wollte. Heute schmiede dieses Volk wieder seine Waffen, aber vorher — und das dürfe man in Frankreich nicht vergessen! — habe es seine Seele wieder stark gemacht. Frankreich sei eingeschlafen und habe sich zu lange auf die Verträge verlassen, denen allein die Macht hätte Achtung verschaffen können. Nichts könne die Franzosen von ihrer leidenschaftlichen Friedensliebe abbringen, aber diese Liebe habe nichts mit dem gefühlsduseligen Pazifismus gemein. Da Frankreich heutzutage ein Volk zum Nachbarn habe, das ganz und gar unter Waffen stehe, müsse es vor allem sein Verteidigungssystem verbessern. Er werde daher die erforderlichen Streitkräfte an der Grenze aufrecht erhalten und wenn nötig verstärken, damit sie dort arbeiteten und Wache hielten.

Dr Ley über die Vertrauensratswahlen

Berlin, 1. April. Der Versammlungsfeldzug der Deutschen Arbeitsfront für die Vertrauensratswahlen wurde am Montag mittag vom Reichsorganisationsleiter und Leiter der DAF., Dr. Ley, mit einer Betriebskundgebung in den Berliner Siemenswerken eröffnet. Bis zum Wahltage werden unter Einsatz der besten Redner der Bewegung im ganzen Reich rund 140 000 Betriebsversammlungen im Zeichen des Kampfes gegen Klassen- und Kastengeist stattfinden. In der Halle des Schaltwerkes hatten sich annähernd 5000 männliche und weibliche Betriebsmitglieder der Siemenswerke versammelt. Die Veranstaltung wurde von hier aus in alle übrigen Betriebsstätten des Werkes übertragen, so daß insgesamt 60 000 Gefolgschaftsmitglieder der Siemenswerke an dieser Eröffnungskundgebung teilnahmen. Der Betriebsführer, Karl Friedrich von Siemens, wies darauf hin, daß Einigkeit für jede Gemeinschaft von Menschen eine unbedingte Notwendigkeit sei, wenn ein gemeinsames großes Ziel erreicht werden solle. Im Vertrauensrat dürften nicht Diplomatie und Taktik zur Anwendung kommen, sondern offen und ehrlich müsse die Aussprache wischen Leitung und Gefolgschaft sein.

Dann führte Dr. Ley aus: Die Welt schaut auf uns und kann es nicht fassen, wie es möglich ist, daß in einem Lande, in dem jahrzehntelang die erbittertsten Wirtschaftskämpfe geführt worden sind, mit einem Male Ruhe und Wirtschaftsfrieden herrschen. Man hat gesagt, das sei nur mit Gewalt und Terror erreicht worden; es werde keinen inneren Halt haben, es werde wieder die Zeit kommen, wo der Arbeiter sich aufbäume und der Zusammenhalt der Deutschen aufhöre. Meine lieben Arbeiter und Arbeiterinnen! Wer mit mir die Fahrt nach Madeira mitmachen konnte, hat gesehen, wie die Welt gerade auf dieses Beispiel der Zusammengehörigkeit schaute, wie die Fremden es einfach nicht begreifen konnten, daß ein neues Volk sich aus Niederdruck und Schande emporhebt. Wir wollen ein glückliches Volk, ein Volk, das die Arbeit nicht als Last, sondern als Segen empfindet und seinen gerechten Lohn erhält. Wir wollen unser Volk stark machen für seinen Schicksalskampf. Wir wollen, daß nicht Haß, Neid und Mißgunst die Menschen beherrschen, sondern daß Lebensfreude, Licht und Sonne die Menschen froh macht. Das hat auch der portugiesische Propagandaminister bekundet, als er sagte, ein solches Volk, das das Leben wolle, könne den Krieg nicht wünschen. Ueber allem steht uns als oberstes Gesetz: Das Lebens des Einzelnen hat nur Sinn in der Einordnung in die Gemeinschaft. Wir sprechen nicht nur von der Gemeinschaft, sondern wir üben sie tagtäglich. Wir wollen die Bahn freimachen, damit jeder nach seiner Leistung zum Segen der Gesamtheit emporsteigen kann! Wir sind nicht so töricht zu glauben, daß man die Interessengegensätze aus der Welt schaffen kann. Wir wollen beiden Seiten ihren berechtigten Ehrgeiz lassen, denn er allein ist der Motor für die Entwicklung der Nation. Aber wir wollen, daß die Menschen nicht knechtselig, unterwürfig und verängstigt ans Werk gehen. Wer etwas leistet, hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zu fordern.

So wollen wir nun in einer gigantischen freien Wahl der Welt beweisen, daß sich die Deutsche Arbeitsfront tatsächlich in die Herzen der schaffenden Menschen eingefressen hat. Es mögen Fehler und Mängel bestehen — eines kann man uns nicht nachsagen, daß wir nichts getan hätten, daß wir auf falschem Wege seien. Man wird uns im Gegenteil zubilligen müssen, daß wir uns um diese Menschen sorgen und bekümmern, und daß sich niemand mehr verlassen zu fühlen braucht. Die Welt wird sich daran gewöhnen müssen, daß ein neues Deutschland, ein Deutschland der Ehre und der Kraft entstanden ist. Aber alle Kanonen nutzen nichts, wenn nicht hinter ihnen die Einheit des Volkes steht. Der französische Kriegsminister hat gestern gesagt, daß Frankreich zwar das mächtigste Heer habe, Deutschland aber ein neues Volk! Das ist es! Wir wollen den Frieden, weil wir das Leben wollen. Aber es muß ein Leben der Ehre und der Achtung sein.

Kein Ärger mehr über die Soße!

Wie oft fehlt es an Soße! Oder sie ist zu schwach oder zu hell — oder nur umständlich herzustellen. Manchmal mißlingt sie auch, schmort ein oder brennt an. Aus diesen Verlegenheiten hilft Ihnen stets im Nu der Knorr Bratensoßwürfel zu 10 Pfennig, die Qualitäts-Soße von

Gratis das neue große Kochbuch von C. H. Knorr A.G., Heilbronn a. N.

Knorr

Aufhebung der Länderabteilungen des Reichsjustizministeriums

Berlin, 1. April. Mit dem 1. April 1935, dem Tage der Entstehung der einheitlichen Reichsjustizverwaltung, sind die Abteilungen Bayern, Sachsen, Thüringen, Württemberg, Baden und Nord des Reichsjustizministeriums aufgehoben.

Unterstaatssekretär a. D. von Stumm gestorben

Berlin, 1. April. Der Unterstaatssekretär a. D. Wirklicher Geheimer Legationsrat, Exzellenz von Stumm, ist am Samstag im Alter von 67 Jahren nach schwerem Leiden in Berlin verstorben. Der Verstorbene, der der bekannten saarländischen Industriellenfamilie angehörte, hatte ursprünglich die Offizierslaufbahn eingeschlagen und war dann in den diplomatischen Dienst eingetreten, der ihn an die deutschen Botschaften in London Washington, Paris, Wien, Petersburg und Madrid führte.

Simon über den Schritt der Signatarmächte

London, 1. April. Im Unterhaus wurde der Außenminister am Montag nachmittag gefragt, welcher Natur die Intervention gewesen sei, die England gemeinsam mit den anderen Unterzeichnermächten des Memelstuts unternommen habe.

Außenminister Sir John Simon erwiderte: Wie bereits in der Antwort am 18. März zum Ausdruck gebracht worden ist, sind kürzlich durch die englische Regierung, die französische Regierung und die italienische Regierung bei der litauischen Regierung Vorstellungen erhoben worden. **Im Verlauf dieser Vorstellungen ist die litauische Regierung dahin unterrichtet worden, daß die gegenwärtige Lage im Memelgebiet, in dem sich kein Direktorium befindet, das das Vertrauen des Landtages besitzt, unvereinbar ist mit dem Grundsatz der dem Memelgebiet durch das Statut gewährleisteten Autonomie, und daß es die Pflicht der litauischen Regierung ist, diesem Zustand unverzüglich ein Ende zu bereiten.**

Von der holländischen nationalsozialistischen Bewegung

Amsterdam, 1. April. Die holländische Hauptstadt steht in diesen Tagen im Zeichen des großen „Landtags" der holländischen

Das Rätsel um Dr. Antonio Stradella

KRIMINALROMAN VON WILL WESTER

21 Nachdruck verboten

„Auch diese Verhaftung war ein Fehlgriff, Herr Präsident. Der Festgenommene war ein Italiener aus Reggio, der allerdings eine verteufelte Aehnlichkeit mit dem Dr. Stradella hat. Man mußte ihn nach drei Tagen laufen lassen, nachdem der Fehlgriff als erwiesen feststand."

„Und in welcher Richtung bewegen sich Ihre weiteren Pläne, Herr Kommissar? Glauben Sie in der Tat, daß die Auffindung von Nebenspuren eine Aufklärung des Mordfalles Swift bringen wird? Der Herr Oberst Fermati war außerordentlich optimistisch, ohne allerdings mit diesem Optimismus irgend ein Quäntchen von Erfolg verzeichnen zu können."

Lombroso merkte, wohin der alte Luigi mit seinen bissigen Bemerkungen wollte. Seit jener denkwürdigen Sitzung unter dem Vorsitze des Duce war der Präsident auf den Obersten Fermati nicht gut zu sprechen. Seine Einmischung in Dinge, die nach der unmaßgeblichen Meinung des venetianischen Polizeichefs ihn „einen Dreck" angingen, hatten ihn aufs tiefste gekränkt.

„Der Herr Oberst Fermati stützt sich bei seiner Meinung auf die ausführlichen Erörterungen des Dr. Stefan Gutdeutsch in Wien, dessen Autorität auf kriminalpsychologischem Gebiete unantastbar ist. Der Herr Präsident wolle bedenken, daß Oberst Fermati der Vertraute des Duce ist und daher nichts unversucht lassen möchte, um ein bißchen Licht in diese höchst dunkle Affäre zu bringen."

„Dann gestatte ich mir die bescheidene Frage, Herr Kommissar, ob der Herr Dr. Stefan Gutdeutsch in Wien ein Hellseher ist? Es ist mir in meiner langjährigen Praxis noch nicht vorgekommen, daß Verbrechen aufgrund von kriminalpsychologischen Sentiments aufgeklärt wurden. Die Praxis erweist sich da immer als bester Lehrmeister."

Dr. Lombroso lächelte. Er wußte, daß dieser alte Haudegen, der noch in den Traditionen garibaldischer Erinnerungen lebte, der neuen Zeit keine Konzessionen zu machen gewillt war. Und so glaubte er den Versuch machen zu müssen, ihn wenigstens darüber aufzuklären, aus welchen Gründen Dr. Gutdeutsch in Wien zu seinen Schlußfolgerungen im Falle Swift gekommen war.

„Schauen Sie, Herr Präsident. Mit der Praxis ist es wie mit einem alten Esel. Wenn er sich nicht mehr bewährt, dann greift man zum Maultier. So ist es auch auf dem Gebiete der Kriminalität. Als die reine Praxis im Laufe der Zeit sich als störrisch erwies, da griff man zur Psychologie und zu anderen Mitteln, mit denen man die Motive des Verbrechens zu erklären versuchte. Das Motiv ist der Anfang der Aufklärung und es hat sich in vielen Fällen gezeigt, daß die psychologischen Schlußfolgerungen außerordentlich beachtlich sind. Ich gestehe es, daß ich im Falle Swift durchaus von unserer Annahme durchdrungen war und auch nicht ohne weiteres von dieser Annahme abweiche, bevor hierfür nicht ganz sichere Beweismittel vorliegen. Wir haben allerdings einen Fehler begangen. Sie, Herr Präsident und ich, waren mit den Herren der Mordkommission uns durchaus einig, daß nur ein Raubmord in Frage kommen könne. Alle Umstände ließen hierauf schließen. Wir glaubten dann annehmen zu müssen, daß Dr. Antonio Stradella der Täter war, weil dessen Fußabdrücke einwandfrei festgestellt wurden und weil Dr. Stradella am Morgen nach der Tat aus Venedig entflohen war. Unter diesen Voraussetzungen waren wir an die Arbeit gegangen, leider mit absolut negativem Erfolg. Dr. Stefan Gutdeutsch in Wien, dessen Aufsatz Ihnen, Herr Präsident, bekannt ist, geht von anderen Voraussetzungen aus und kommt logischerweise auch zu anderen Schlußfolgerungen. Er bezweifelt den Raubmord ... Er sagt, daß die Tat auch aus anderen Motiven heraus erklärt werden könne. Beispielsweise könne es die Tat eines Mannes sein, der den Raubmord aus purem Idealismus begangen habe. Also für eine Idee. In Frage komme für ihn das bedenkliche Anwachsen der anarchistischen Weltpropaganda. Unterstellt man aber das, dann müsse man auch in der Beurteilung der Täter ganz andere Konsequenzen ziehen, weil sich die These der Täterschaft dann in einer anderen Richtung bewege ... Dr. Gutdeutsch kommt auch auf die Nebenspuren zu sprechen, die in meinem Protokoll vom 19. September festgelegt sind, aber von mir, ich bedauere das heute ungemein, nicht beobachtet wurden, aus den von mir vorgetragenen Gründen. Es ist der Mann, der tags zuvor sich nach der Zimmernummer von Frau Swift erkundigt und der, was uns jetzt immer klarer wird, mit höchster Wahrscheinlichkeit identisch ist mit dem angeblichen Capitano Morini, der am Morgen nach der Tat Frau Swift telephonisch zu sprechen wünschte. Es hat keinen Zweck mehr, diese Nebenspur als nebensächlich bezeichnen zu wollen, weil Dr. Stradella seit dem 19. September spurlos verschwunden ist."

Der Präsident machte eine Handbewegung. „Bitte, Herr Kommissar. Das genügt mir. Sie haben ein ausgezeichnetes Plaidoyer für Dr. Antonio Stradella gehalten. Ich möchte wünschen, daß Ihre hypothetischen Betrachtungen Sie nicht im Stiche lassen. Addio, Signor Kommissar."

*

An diesem Tage ging Dr. Antonio Stradella an Bord des griechischen Frachtdampfers „Thrazien", um die unfreiwillig unterbrochene Reise fortzusetzen, nachdem Jossuf Abramowitsch keine Möglichkeit mehr sah, ihn in Efüsi festzuhalten. Dr. Stradella bestand mit aller Entschiedenheit darauf, schon jetzt die Schiffsgelegenheit wahrzunehmen, um vor Eintritt des Winters auf dem Festlande zu sein; er befürchtete nicht zu Unrecht, die schweren Stürme im Schwarzen Meer, die die Schiffahrt nicht nur beschwerten, sondern auch im höchsten Maße gefährdeten. Seinen Reiseplan hatte er allerdings geändert. Trapezunt war in seinem Programm gestrichen worden; er folgte den Vorschlägen Franca Menschikoffs und begab sich in die Krim, um über Odessa die bulgarische Grenze zu erreichen.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

nationalsozialistischen Bewegung. Schon im Laufe des Samstags trafen die Teilnehmer in vielen Extrazügen in Amsterdam ein. Angesichts der drohenden Haltung der Marxisten hatte die Polizei umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen ergriffen. Den Auftakt des großen „Landtages" bildete eine Kundgebung in der Automobilausstellungshalle am Samstag abend, an der etwa 16 000 Menschen teilnahmen. Der Führer der NSB., A. Mussert, hielt hier eine programmatische Rede über die Ziele der Bewegung, die ungeheuren Beifall auslöste. Mussert begrüßte zunächst die ausländischen Gäste, unter denen man namentlich den italienischen General Coselschi von der faschistischen Miliz, den Führer der irischen Blauhemden, General O'Duffy, den französischen Francistenführer Marcel Bucard sowie als weitere Führer verwandter Bewegungen des Auslandes Oberst von Fonjallaz (Schweiz), Dr. Clausen und Dansgaard Schmidt (Dänemark) und Quisling (Norwegen) bemerken konnte. Mussert hieß weiterhin u. a. auch 250 in Deutschland lebende Mitglieder der NSB. willkommen, die zum Teil mit Omnibussen, zum Teil auch zu Fuß herbeigekommen waren.

Mussert legte dar, daß seine Bewegung, als sie vor etwa drei Jahren gegründet wurde, mit Hohn und Spott empfangen worden sei. Dieser Spott habe sich inzwischen gelegt und sei von einem systematischen Terror abgelöst worden, der noch ständig im Zunehmen begriffen sei. Terror und Brotraub würden aber das schnelle Wachstum der Bewegung nicht aufhalten können. Ende 1932 habe man 1000 Mitglieder der NSB. gezählt, Ende 1933 bereits mehr als 15 000, Ende 1934 mehr als 30 000 und im jetzigen Zeitpunkt sei die Zahl 40 000 schon erheblich überschritten. Ueber all diesen Ziffern aber stehe der Geist, der die Bewegung beseele und der sie dazu befähigen werde, die heute noch in Holland bestehende Zersplitterung in zahlreiche politische Parteien zu überwinden. Die nationalsozialistische Bewegung sei noch gerade zur rechten Zeit gekommen, denn die holländische Nation sei hart am Rande eines gefährlichen Abgrundes angelangt. Ein großer Teil des Volkes sei durch den Marxismus vergiftet worden, während sich überall eine grenzenlose Gleichgültigkeit bemerkbar mache. Die sogenannten christlichen Parteien, die seit Jahr und Tag in Holland regierten, hätten nur bewirkt, daß sich chaotische Zustände entwickelten, daß Hunderttausende von Arbeitnehmern erwerbslos seien und daß ein Volk wie das holländische, das in hundert Jahren keinen Krieg mehr gekannt habe, mit einer öffentlichen Schuldenlast von mehr als 6 Milliarden Gulden belastet sei. Dieselben Parteien hätten aber niemals den Mut aufgebracht, den für Land und Volk verderblichen Marxismus ein Ende zu bereiten. Zum Schluß wandte sich Mussert energisch gegen die Behauptung, daß die NSB. Unterstützungen aus dem Auslande erhalte. Zum Abschluß des Landtages fand ein Vorbeimarsch der Schutzstaffeln der Bewegung, der in schwarze Uniformen gekleideten sogenannten WA.-Abteilungen, statt, die etwa 50 Standarten und Fahnen mit sich führten.

de Valesco beauftragt

Madrid, 1. April. Nachdem der Führer der Radikalen und bisherige Ministerpräsident Lerroux bei dem Versuch einer Kabinettsbildung im Sinne der vom Staatspräsidenten gewünschten „breitesten" Basis an dem Widerstand der Katholischen Volksaktion, der Liberalen und der Agrarier gescheitert ist und seinen Auftrag zurückgegeben hat, ist der Führer der Landwirte, Martinez de Valesco, vom Staatspräsidenten mit der Bildung der neuen Regierung ebenfalls auf „breitester" Basis und im Sinne der „nationalen und republikanischen Wiederversöhnung" beauftragt worden.

Wie das Reichsjagdgesetz ausgeführt wird

Das Jagdrecht des Reiches — Schonzeiten einheitlich im ganzen Reich

Berlin, 1. April. Reichsjägermeister Göring und die übrigen beteiligten Reichsminister haben, wie das NdZ. meldet, nunmehr die Ausführungsverordnung zum Reichsjagdgesetz erlassen, die in 71 Paragraphen auf über 20 Seiten des Reichsgesetzblattes die ganze Materie regelt. Es wird darin u. a. festgestellt, daß der Schutz des Jagdrechtes vor unbefugten Eingriffen anderer sich nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches richtet. Wer an Orten, an denen er zur Jagdausübung nicht berechtigt ist, Besitz oder Gewahrsam am lebenden oder verendeten Wild erlangt, muß dies innerhalb 24 Stunden der Ortspolizeibehörde abliefern oder anzeigen. Auf dem Meeresstrand, den Küstengewässern, den Haffs, Wasserläufen und Flächen, an denen kein Eigentum begründet ist, steht das Jagdrecht dem Reiche zu. Sämtliche zur Zeit gültigen Jagdscheine, auch die für mehrere Jahre ausgestellten unentgeltlichen, werden mit dem 1. April 1935 ungültig. Die Ausstellung des ersten Jahresjagdscheines für In- und Ausländer — mit Ausnahme des Falkner-Jagdscheines — ist von der erfolgreichen Ablegung einer Prüfung abhängig, über deren Ergebnis ein Zeugnis erteilt wird. Die Jagdbehörden haben sich darüber zu unterrichten, wem der Jagdschein zu versagen ist. Zu den Versagungsgründen gehört auch die nachgewiesene politische Unzuverlässigkeit des Antragstellers. Der Inländer-Jahresjagdschein kostet 50 RM., der Inländer-Tagesjagdschein 6 RM., der Jahres-Falknerjagdschein 6 RM., der Ausländer-Jahresjagdschein 300 RM., der Ausländer-Tagesjagdschein 60 RM. und der Jahresjagdschein für Jugendliche 25 RM. Im Paragraph 38 bringt die Verordnung eine reichseinheitliche Regelung der Jagd- und Schonzeiten. Ueber den Wildhandel bestimmt sie, daß der Reichsjägermeister im Einvernehmen mit dem Reichsernährungsminister eine Wildhandelsordnung erläßt. Der Reichsjägermeister erläßt ferner für die Errichtung und das Verfahren der Jäger-Ehrengerichte eine Ehrengerichtsordnung. Die neue Verordnung ist am 1. April in Kraft getreten.

Eingliederung des Feldjägerkorps in die preußische Schutzpolizei

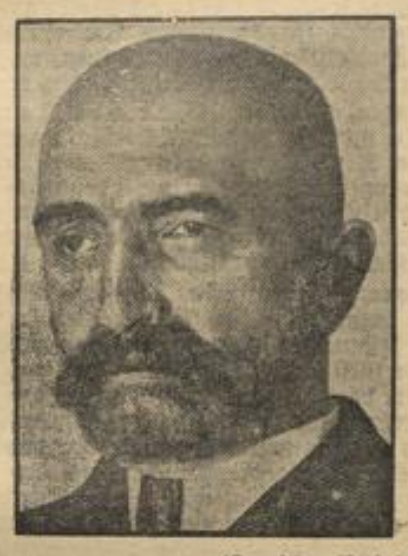
Berlin, 1. April. Nach Durchführung des Berufsbeamtengesetzes und nach organisatorischen Aenderungen in der Polizei werden Fehlstellen in der Schutzpolizei durch das Feldjägerkorps ausgefüllt. Zu diesem Zweck hat der Reichs- und preußische Minister des Innern im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten, dem Stellvertreter des Führers und dem Chef des Stabes der SA. das bisherige Feldjägerkorps unter dem 1. April 1935 in die preußische Schutzpolizei eingegliedert. Dadurch wird die Schutzpolizei weiterhin durch alte Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung ausgefüllt.

Künftig nur noch 15 Luftämter

Berlin, 1. April. Die Durchführung der Reichsluftfahrtverwaltung, die seit Juni 1934 den Luftämtern als nachgeordnete Behörden des Reichsministeriums der Luftfahrt obliegt, hat eine teilweise Aenderung der bisherigen Grenzen der Luftamtsbezirke notwendig gemacht. Im Zuge dieser Neuabgrenzung ist das Luftamt Darmstadt aufgelöst worden, so daß in Zukunft nur noch 15 Luftämter bestehen. Der bisherige Bezirk des Luftamts Darmstadt teilweise dem Luftamt Frankfurt a. M. (Provinz Rheinhessen und Starkenburg), teilweise dem Luftamt Stuttgart (Rheinpfalz und Saarland) zugeteilt worden.

„Gazeta Polska" zum Ostpakt-Plan

Warschau, 1. April. Der Pariser Berichterstatter der „Gazeta Polska" wendet sich gegen die Behauptung der Pariser Presse, daß Eden sich in Moskau für die Unterzeichnung des Ostpaktes auch ohne Deutschland ausgesprochen habe. Ebenso unrichtig sei es also auch, zu behaupten, daß nun die endgültige Annahme des Projektes von der Haltung Warschaus abhängig sei. Es sei lediglich Laval mitgeteilt worden, daß man in Moskau großen Wert auf Beschleunigung lege und auf die Tatsache der Unterzeichnung, daß man aber keine Schwierigkeiten hinsichtlich des Inhalts des Paktes machen werde. Auf dieser Grundlage sei ein englischer Vorschlag in Paris eingegangen, dem Ostpakt einen ähnlichen Charakter zu geben wie dem Völkerbundspakt, d. h. für alle Unterzeichner die Bedingung der Einstimmigkeit vor irgend welchen Entscheidungen oder Schritten festzusetzen.



(Deutsches Nachrichtenbüro.)

Polens neuer Ministerpräsident

Oberst Slawek ist an die Spitze der neuen polnischen Regierung getreten.

Abwertung des Belga um 28 Prozent

Brüssel, 1. April. Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten van Zeeland fand ein Ministerrat statt, der die Abwertung des Belga auf 28 Prozent festsetzte. Die Effekten und Wechselbörsen wurden am Montag wieder geöffnet. Die Devisenkontrolle wird von Montag ab auf der Grundlage der Abwertung des Belga von 28 Prozent gehandhabt. Aus dem Auslande sind, wie amtlich mitgeteilt wird, beträchtliche Nachfragen nach belgischen Renten eingegangen.

Vor der Abstimmung am Samstag abend im Senat ergriff der Ministerpräsident noch einmal das Wort. Er bestätigte dabei, daß sein Vorgänger Theunis gehofft hatte, an seinen Pariser Besprechungen Mitte dieses Monats in Paris eine wirtschaftliche Unterstützung zu erhalten. Als diese Erwartung getäuscht worden sei, sei die Regierung zur sofortigen Einführung der Devisenkontrolle gezwungen gewesen. Der Senat nahm die Gesetzentwürfe über die Abwertung des Belga und die Gewährung von Sondervollmachten an die Regierung mit 110 gegen 20 Stimmen bei 19 Stimmenthaltungen an.

Die Abwertung des belgischen Franken hat in der Bevölkerung größte Bestürzung hervorgerufen. Schon die seit einigen Tagen im Umlauf befindlich gewesenen Abwertungsgerüchte hatten eine Flucht in die Sachwerte zur Folge. Seit Freitag sind die Warenhäuser belagert. Zahlreiche Kaufleute sind bereits dazu übergegangen, ihre Preise heraufzusetzen. So hat z. B. ein großes genossenschaftliches Warenhaus für Beamte und Angestellte die belgischen Waren um 10 v. H. und die Waren ausländischer Herkunft um 25 v. H. erhöht. Aus Mons wird gemeldet, daß sich insbesondere der kleineren Sparer eine große Erregung bemächtigt habe, und daß am Samstag die Schalter der Sparkassen von Leuten umlagert wurden, die ihre Sparguthaben zurück haben wollten.

(Deutsches Nachrichtenbüro.)

Belgiens neuer Ministerpräsident

Der stellvertretende Präsident der belgischen Nationalbank, Paul van Zeeland, hat im neuen belgischen Kabinett den Posten des Ministerpräsidenten und Außenministers übernommen.

Der erste Tag der ungarischen Reichstagswahlen

Budapest, 1. April. Der letzte Sonntag war der erste Abstimmungstag für die ungarischen Reichstagswahlen. Bis Mitternacht waren folgende Ergebnisse bekannt: Die Partei der nationalen Einheit erhielt 133 Mandate, die Kleinlandwirtepartei 16, die Christliche Wirtschaftspartei 2 und die Nationalsozialistische Partei 1 Mandat. 11 Mandate fielen den Parteilosen zu. In weiteren 11 Bezirken ist Stichwahl erforderlich. Von den zur Vergebung gelangenden 245 Mandaten ist somit bereits die Entscheidung über 163 gefallen. Die Partei der nationalen Einheit besitzt bereits nach dem ersten Wahltage mehr als die Hälfte sämtlicher Abgeordnetensitze.

Urteil gegen die griechischen Aufständischen

Athen, 1. April. Das Athener Kriegsgericht hat das Urteil gegen die angeklagten Aufständischen gefällt. Die Todesstrafe wurde gegen niemand ausgesprochen. Die Hauptführer erhielten lebenslängliches Zuchthaus, zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Die Angeklagten nahmen den Urteilsspruch mit sichtlicher Niedergeschlagenheit auf.

Wahlniederlage des ungarländischen Deutschtums

Budapest, 1. April. Im Verlaufe des ersten Wahltages der ungarischen Parlamentswahlen sind die vier Wahlkandidaten der ungarländischen Schwaben, Dr. Kußbach, der Generalsekretär des ungarländischen deutschen Volksbildungsvereins (UBV.), Dr. Basch, der Redakteur Török und der Kandidat Teppert bei den Wahlen unterlegen. Die Wahlbehörden erklären, daß die deutschen Kandidaten nicht die notwendige Stimmenmehrheit erhalten haben. In Kreisen des schwäbischen Deutschtums hat dieser völlig unerwartete Ausgang der Wahlen Bestürzung und Erregung hervorgerufen. Nach der geschlossenen Unterstützung, die die deutschen Wahlkandidaten unter der schwäbischen Bevölkerung gefunden hatten, konnte damit gerechnet werden, daß zum mindesten die beiden Spitzenkandidaten des schwäbischen Deutschtums, der Führer der ungarländischen Schwaben, Dr. Kußbach und der Generalsekretär des UBV., Dr. Basch, mit großer Mehrheit gewählt werden würden. Die Werber der deutschen Kandidaten in den beiden Hauptbezirken wurden acht Tage vor den Wahlen aus den Bezirken behördlich ausgewiesen. Infolge dieses Ausganges der Parlamentswahlen wird nunmehr das volksbewußte schwäbische Deutschtum keine Vertretung im ungarländischen Parlament haben.

Luftpostdienst Deutschland — Südamerika

Berlin, 1. April. In Anwesenheit der diplomatischen Vertretungen der südamerikanischen Staaten eröffneten am Samstag abend der Reichsverkehrsminister Freiherr von Eltz-Rübenach und Staatssekretär Generalleutnant Milch auf dem Flughafen Tempelhof den beschleunigten Luftpostdienst Deutschland—Südamerika. Mit dieser neuen Verbesserung im Ueberseeflugverkehr errichtet die Deutsche Lufthansa nicht nur die ersten, sondern auch die allwöchentlich schnellsten, durchgehend mit Flugzeugen betriebenen Luftpostverbindungen zwischen Europa und Südamerika. Die Beförderungszeit der Luftpost wird dadurch von fünf bis sechs Tagen auf drei Tage beschleunigt.

Die Danziger Deutschnationalen für die NSDAP.

Danzig, 1. April. Die maßgebenden Führer des früheren Landesverbands Danzig der DNVP. veröffentlichen eine Erklärung: „Die Deutschnationale Volkspartei ist nach Durchbruch der nationalen Erhebung vom 30. Januar 1933 im Deutschen Reiche und alsdann auch in Danzig durch einen politischen Akt aufgelöst worden. Wir stehen auch heute noch zu den damals gegebenen Erklärungen. Seitdem hat niemand das Recht, sich im Wahlkampf auf die Deutschnationale Volkspartei zu berufen. Für die Anhänger der ehemaligen Deutschnationalen Volkspartei ist dadurch der politische Weg zur Mitarbeit im neuen Staate und damit auch in der NSDAP. frei geworden und gegeben." Die vorstehende Erklärung trägt die Unterschrift des langjährigen deutschnationalen Danziger Parteiführers und Senators Schwegmann, des früheren deutschnationalen Vizepräsidenten des Danziger Volkstages, Fraktionsführers Philipsen, sowie des Mitbegründers und Finanzberaters der früheren Deutschnationalen Volkspartei in Danzig, Dr. Heinrich Niehuus.

Deutsch-französisches Wirtschaftsabkommen

Paris, 1. April. Von französischer Seite wurde am Samstag abend nachstehende amtliche Verlautbarung veröffentlicht: Nach langen Besprechungen, die nach der Unterbrechung der Verhandlungen im Februar in Berlin und Paris in den letzten Tagen im Wirtschaftsministerium in Paris fortgesetzt wurden, haben die deutsch-französischen Verhandlungen zu einem Abkommen geführt, das am Samstag nachmittag unterzeichnet wurde. Auf Grund dieses Abkommens, das auf die Dauer von drei Monaten vom 1. April an gerechnet abgeschlossen wurde, ist das System der Kompensationen beibehalten worden. Das Gleichgewicht des Clearing wird durch eine entsprechende Verteilung der Ausfuhr auf der Grundlage des normalen Austausches während der gleichen Monate des Vorjahres herbeigeführt werden. Diese Verteilung wird besonders den Veränderungen Rechnung tragen, die zollgebietsmäßig zwischen den beiden Ländern stattgefunden haben.

Lerroux wieder beauftragt

Madrid, 1. April. Der Staatspräsident hat den bisherigen Ministerpräsidenten und der Führer der Radikalen Partei, Lerroux, unter Gewährung weitgehender Handlungsfreiheit mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt. Lerroux beabsichtigt, sein Kabinett auf breitester Grundlage zu formen und gegebenenfalls auch Vertreter der im früheren Kabinett nicht vertretenen Linksparteien zur aktiven Mitarbeit heranzuziehen.

Geheimes Konsistorium im Vatikan

Rom, 1. April. Nach zweijähriger Unterbrechung hat Papst Pius XI. am Montag vormittag wieder ein geheimes Konsistorium abgehalten. Das Kardinalkollegium hat der Heiligsprechung der beiden englischen Seligen Fisher und Moore und der Berufung von Kardinalstaatssekretär Pacelli zum Kardinalkämmerer der Heiligen Römischen Kirche zugestimmt. Nach Ernennung verschiedener Bischöfe, darunter des Erzbischofs Hinsley für Westminster wurde vom Papst das öffentliche Konsistorium auf kommenden Donnerstag einberufen.

Rede des Papstes gegen den Krieg

Rom, 1. April. In seiner Ansprache im Geheimen Konsistorium wandte sich Papst Pius XI. der „furchtbaren wirtschaftlichen, politischen und besonders moralischen Krise" zu, von der die Menschheit heimgesucht sei und gab seiner tiefen Trauer über die „noch verhängnisvolleren Folgen, die für die Zukunft befürchtet werden", Ausdruck. Während die Schäden des letzten europäischen Krieges noch nicht überwunden seien, so führte der Papst weiter aus, verdunkeln bereits neue Gewitterwolken den Horizont. Unwillkürlich tauchten vor dem Gedächtnis die Worte Christi über Kriegslärm und Heimsuchungen, über Teuerungen auf. Bezugnehmend auf den „überall verbreiteten Kriegslärm", der alle errege und bedrücke, bezeichnete der Papst einen neuen Krieg als ein furchtbares Verbrechen. Er könne nicht glauben, daß jene, denen das Glück und der Wohlstand der Völker am Herzen liegen müsse, nicht nur ihre eigene Nation, sondern einen großen Teil der Menschheit zum Blutbad treiben und der Vernichtung und dem Ruin preisgeben. Wenn aber jemand wagen sollte, dieses ruchlose Verbrechen zu begehen, so könne er nur mit dem Psalmwort zu Gott beten: Vertilge die Völker, die den Krieg wollen. So viel wolle er zur moralischen Unmöglichkeit jedes neuen Krieges sagen. Darüber hinaus sei er aber mit vielen anderen auch der Meinung, daß in den gegenwärtigen außerordentlich schweren Zeiten auch materiell und physisch ein Krieg ihm ebenso unmöglich erscheine.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Lokales

Wildbad, 2. April 1935.

Ständchen. Der „Liederkranz" brachte gestern abend aus Anlaß des 50. Geburtstages seinem ehemaligen langjährigen Vorsitzenden und Dirigenten, Herrn Hauptlehrer Karl Pfau, ein Ständchen. Anschließend an die Chöre „Die Nacht" von Schubert und „Das Ringlein" von Nagel, sprach der erste Vorsitzende des Liederkranz, Herr Karl Rometsch, dem verdienten Förderer des Vereins Dank und Anerkennung für seine Verdienste um den Verein und um den deutschen Männergesang aus und brachte dem Jubilar die besten Glückwünsche dar, für die der so unerwartet Geehrte herzliche Worte des Dankes fand. Der Chor „Deutschland dir mein Vaterland" von Heinrichs beendete die feierliche Ehrung. Bei dieser Gelegenheit nehmen auch wir Veranlassung, dem Geburtstagskind unsere wohlgemeinten Wünsche auszusprechen, mit einem herzlichen „Glück auf" ins 6. Jahrzehnt.

Württemberg

Zum Uebergang der Justiz auf das Reich

Die Abteilung Württemberg-Baden des Reichsjustizministeriums hat mit dem 31. März 1935 zu bestehen aufgehört. Aus diesem Anlaß versammelten sich die Beamten des seitherigen Ministeriums am Vormittag des 30. März zu einer schlichten Feier. Der Beauftragte des Reichsministers der Justiz, Ministerialdirektor Dr. Thiesing, überreichte dem in den Ruhestand tretenden Ministerialdirektor Roth ein Handscheiben des Führers und Reichskanzlers, das dem Scheidenden für seine langjährigen hervorragenden Dienste an der Rechtspflege des Landes Württemberg und des Reiches Dank und Anerkennung aussprach, und widmete ihm dann im eigenen Namen und im Namen der Beamtenschaft herzliche Worte des Dankes. Nach einem kurzen Rückblick auf die bedeutsame Entwicklung der letzten Monate, die nun mit dem Uebergang der gesamten deutschen Justiz auf das Reich ihre Krönung erfahren hat, übergab Ministerialdirektor Dr. Thiesing die Geschäfte, soweit sie nicht künftig vom Reichsjustizministerium in Berlin wahrgenommen werden, an Oberlandesgerichtspräsident Dr. Küstner und Generalstaatsanwalt Heintzeler. Hierauf dankte Ministerialdirektor Roth dem ebenfalls aus dem Amte scheidenden Ministerialdirektor Dr. Thiesing und würdigte seine Verdienste um die reibungslose Ueberleitung der Geschäfte auf das Reich; zum Schluß gedachte er in Worten dankbarer Freude des stets vertrauensvollen Zusammenwirkens mit allen seitherigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen.

Soweit die Geschäfte der Justizverwaltung auch weiterhin in Württemberg bearbeitet werden, gehen sie teils auf den Oberlandesgerichtspräsidenten, teils auf den Generalstaatsanwalt über, die aus diesem Anlaß ihre persönlichen Amtsräume vom 1. April an in das bisherige Justizministerialgebäude in Stuttgart-S, Schillerplatz 4, verlegen.

Hinrichtung des Landjägermörders Füchsl

Stuttgart, 1. April. Amtlich wird mitgeteilt: Am Montag, den 1. April 1935, ist in Stuttgart der durch Urteil des Schwurgerichts in Stuttgart vom 20. September 1934 wegen Mords rechtskräftig zum Tode verurteilte Jakob Füchsl hingerichtet worden. Füchsl hat in der Nacht vom 24 auf 25. April 1933, als er von einer Diebesfahrt zurückkehrte, den Oberlandjäger Mai erschossen. Der Führer und Reichskanzler hat von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht, weil Füchsl ein gemeingefährlicher Verbrecher ist, dem bei der Ausführung seiner Verbrechen die Gefährdung von Menschenleben gleichgültig ist und der daher eine dauernde Gefahr für seine Mitmenschen bedeutet.

„Graf Zeppelin" besucht Berlin

Friedrichshafen, 1. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" wird bei geeigneter Witterung am heutigen Dienstag der Reichshauptstadt einen Besuch abstatten und ungefähr um 3.30 Uhr nachmittags auf dem Flugplatz Staaken landen, vorausgesetzt, daß die Wetterlage eine Landung zuläßt. Das Luftschiff, das schon lange Zeit nicht mehr in Berlin gewesen ist, wird auf dieser Fahrt von Luftschiffkapitän Dipl.-Ing. Lehmann geführt werden. Diese Berlin-Fahrt des Luftschiffes hat eine historische Bedeutung, da sie die erste Fahrt ist, die der „silberne Graf" für die vor ungefähr acht Tagen gegründete Deutsche Zeppelin-Reederei ausführt.

Stuttgart, 1. April. (Militärdienstjubiläum.) Am 1. April konnte Generalmajor a. D. Reinhold Stühmke in Freudenstadt, wo er im Ruhestand lebt, sein 50jähriges Militärdienstjubiläum begehen. Der Jubilar ist 1866 geboren und trat am 1. April 1885 in Straßburg bei dem 126. (Württ.) Inf.-Regt. ein. Als Adjutant war er später in Ludwigsburg bei der 52. Infanterie-Brigade und in Stuttgart bei der 26. Division. Mit dem 2. Bataillon des Inf.-Regts. 180 in Schwäbisch Gmünd zog er in den Weltkrieg, wo er schon im August 1914 schwer verwundet wurde. Vom August 1915 bis Juni 1918 kommandierte er die Siebener, das Stuttgarter Inf.-Regt. Kaiser Friedrich. Generalmajor Stühmke verfaßte auch die bekannte Kriegsgeschichte dieses Regiments. Am Ende des Weltkrieges war er noch Kommandeur der 407. Infanterie-Brigade.

Bad Cannstatt, 1. April. (Tödlicher Unfall.) Am Samstag früh wurde der 26 Jahre alte Leonhard Kirsch aus Münster a. N. in der Wernerstraße von einem hinter ihm herkommenden Personenkraftwagen überfahren und so schwer verletzt, daß er sich im Kandel verblutete. Kirsch war mit seinem Fahrrad unterwegs zu seiner Arbeitsstätte bei Daimler-Benz, Untertürkheim, Der Autolenker, ein 29 Jahre alter lediger Kaufmann aus Nagold, konnte ermittelt werden.

Zwei Kindsleichen. In den letzten Tagen wurden zwei Kindsleichen aufgefunden, eine auf dem israelitischen Friedhof, und eine in den Anlagen der Villastraße.

*

Renningen OA. Leonberg, 1. April. (Plötzlicher Tod.) Am Samstag nachmittag ist im Alter von 26 Jahren Paul Weiß von hier plötzlich an einem Herzschlag gestorben. Er war nachmittags mit Kameraden auf dem Sportplatz, ist dann nachher mit seinen Kameraden vom Sportplatz in das Lokal gegangen, wo ein Herzschlag seinem jungen Leben ein Ende bereitete.

Tübingen, 1. April. (Neuer Rektor.) Zum Rektor der Universität für die nächste Amtsperiode wurde vom Reichswissenschaftsminister der ordentliche Professor der klassischen Philologie Dr. Friedrich Focke ernannt.

Reutlingen, 1. April. (Vor der Konfirmation gestorben.) Ein tragisches Geschick hat einen der vielen Reutlinger Konfirmanden ereilt. Werner Johannes Müller ist Mitte voriger Woche erkrankt und am Samstag, am Tage vor seiner Konfirmation, unerwartet rasch im Alter von 14 Jahren gestorben. Es ist der Sohn des Reichsbahnobersekretärs Christian Müller.

Heilbronn, 1. April. (Ein Neunzigjähriger.) Am Sonntag konnte Professor August Metzger seinen 90. Geburtstag feiern. Er ist ein Lehrersohn aus Bad Rappenau. Im Jahre 1870 kam er nach Petersburg an ein Gymnasium und wirkte dort bis zum Ausbruch des Krieges als ein gesuchter Lehrer für deutschen Sprachunterricht. Bei Ausbruch des Krieges wurde er mit seiner Familie in ein russisches Gefangenenlager gebracht. Nach der Revolution in Rußland gelang es ihm, wieder nach Deutschland zu kommen, wo er in Heilbronn eine zweite Heimat gefunden hat.

Salach, OA. Göppingen, 1. April (Rathausumbau.) Der bereits im Jahre 1911 ins Auge gefaßte Umbau ist nun in den letzten Wochen ausgeführt worden. Der äußere Eindruck des umgebauten Gebäudes ist vorteilhafter geworden. Auch im Innern des Hauses haben die vorgenommenen Veränderungsarbeiten aus den früheren düsteren Räumen helle, freundliche Zimmer geschaffen. Die Baukosten betragen insgesamt 35 000 RM.

Schwäb. Gmünd, 1. April. (Feuerwehrkommandant.) Architekt Hermann Möhler ist als Kommandant der Freiw. Feuerwehr Schwäb. Gmünd altershalber zurückgetreten. Er wurde mit der höchsten Auszeichnung, die ein Feuerwehrmann erhalten kann, dem Deutschen Feuerwehrkreuz 1. Klasse, geehrt. Sein Nachfolger ist Kaminfegermeister Gottlob Enßle.

Schwäb. Gmünd, 1. April (Im Ruhestand.) Stadtpfleger Wilhelm Kucher, der auf 1. April ds. Js. um seine Zurruhesetzung nachgesucht hat und nun mit Ablauf des Monats März aus den städt. Diensten scheidet, hat 43 Jahre mit Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue die städt. Aemter betreut.

Ebingen, 1. April. (Zeitungssterben.) Der im Verlag „Alb-Bote" G.m.b.H. hier im 102. Jahrgang erschienene „Alb-Bote" hat sein Erscheinen eingestellt. Das Verlagsrecht des „Alb-Bote" ist in den Besitz der nationalsozialistischen Heimatzeitung „Der Wille" übergegangen.

Biberach, 1. April. (Schwerer Sturz.) Am Samstag stürzte der im 53. Lebensjahr stehende Heribert Wiedemann von Attenweiler auf der Mittelbiberacher Steige vom Fahrrad. Der Verunglückte erlitt eine Gehirnerschütterung und erhebliche Gesichtsverletzungen.

Ravensburg, 1. April. (Kundgebung.) Am Samstag und Sonntag versammelten sich die Bauern der Kreise Ravensburg und Friedrichshafen und des Allgäus in den Turnhallen der Städte Ravensburg und Leutkirch, um Reichsstatthalter Murr und Landesbauernführer Arnold über die Erzeugungsschlacht sprechen zu hören.

Leutkirch, 1. April. (Einbruch.) In Hegelbach wurde am Samstag bei Landwirt Bentele eingebrochen. Als die Frau ins Schlafzimmer trat, traf sie den Einbrecher, der sich neben dem Bett versteckt hielt, an. Sofort sprang dieser auf und flüchtete rasch durch die Kammer, Scheuer und Tenne ins Freie Einen Geldbeutel mit geringem Betrag, sowie eine Taschenuhr hatte er mitlaufen lassen. — Auch in Aulendorf übte ein Einbrecher in verschiedenen Häusern sein unsauberes Handwerk aus. Im Hause des Karl Herbst machte er sich in einem Zimmer des obersten Stockwerks zu schaffen und ließ eine Geldkassette mitlaufen, deren Inhalt zirka 12 Mark betrug. Im Gasthaus zum „Real" suchte er weitere Beute. Der Räuber durchstöberte das Schlafzimmer des Metzgermeisters Schäffler, jedoch ohne Erfolg; weiter machte er sich im Zimmer des Dienstmädchens zu schaffen, wobei ihm ein Betrag von 65 Pfennig in die Finger fiel.

Leutkirch, 1. April. (Unglücksfälle.) Am Sonntag ereignete sich in der Kemptener Straße ein tödlicher Unfall. Beim Mendler'schen Garten stürzte Xaver Heinle von Ausnang vom Fahrrad, wobei er einen schweren Schädelbasisbruch erlitt, sodaß er innerhalb weniger Minuten verschied. Der Verunglückte ist Familienvater von drei Kindern und 33 Jahre alt. An der gleichen Stelle verunglückte am Sonntag Landwirt Zindstein von Adrazhofen. Als er mit seinem Fuhrwerk, auf dem noch seine Frau und seine zwei Kinder saßen, auf der Heimfahrt nach Adrazhofen begriffen war, löste sich plötzlich die Deichsel vom Kummet des Pferdes, wodurch der Wagen hin- und hergeschleudert wurde. Dabei wurden die Frau und die beiden Kinder auf die Straße geworfen. Zindstein wurde ebenfalls auf die Straße geschleudert und erlitt erhebliche Verletzungen im Gesicht.

— **Hohenzollern gehört zum Handelskammerbezirk Reutlingen.** Wie die Industrie- und Handelskammer Reutlingen mitteilt, haben die Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. sowie die bisher dazu gehörige Landesstelle Hohenzollern in Hechingen und die Industrie- und Handelskammer Reutlingen mit Zustimmung des preußischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit und des Württ. Wirtschaftsministers eine Arbeitsgemeinschaft durch Vertrag abgeschlossen, wonach ab 1. April 1935 die gemeinsamen wirtschaftlichen Belange von Industrie, Handel und Gewerbe mit Ausnahme des Handwerks einschließlich Verkehr, Banken und Versicherungen in Hohenzollern von der Industrie- und Handelskammer Reutlingen verwaltet werden. Für die Erledigung rein bezirklicher Aufgaben und insbesondere für die Beglaubigung und Abstempelung von Handelsurkunden wird die bisherige Geschäftsnebenstelle Hechingen bis auf weiteres aufrechterhalten.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Weidmannsheil und deutscher Gruß. Nach einer Anordnung des Reichsforstmeisters für die preußische Forstverwaltung gilt der Gruß „Weidmannsheil" weiterhin für Forstbeamte untereinander im Dienst und für Forstbeamte auf Jagd. In allen übrigen Fällen ist der deutsche Gruß anzuwenden.

7000 ägyptische Arbeiter für Eritrea. „Times" meldet: Die ägyptische Regierung hat die Anwerbung ägyptischer Arbeiter durch die italienische Regierung genehmigt. Die Arbeiter — ungefähr 7000 — von denen 4000 bereits verpflichtet sind — sollen nach Massaua eingeschifft werden. Zur Bedingung ist gemacht worden, daß sie nicht in militärische Zonen oder mit rein militärischen Arbeiten beschäftigt werden. Im Falle des Ausbruches von Feindseligkeiten müssen sie sofort nach Hause befördert werden.

General von Lochow 80 Jahre. Am 1. April beging General der Infanterie Ewald v. Lochow seinen 80. Geburtstag. Im Jahre 1912 wurde von Lochow zum kommandierenden General des 3. Armeekorps ernannt, das er auch bis zum Jahre 1916 befehligte. Dieses Armeekorps führte er im Verband der 1. Armee (v. Kluck) bis vor die Mauern von Paris und später in die Marneschlacht. Neben vielen Auszeichnungen erhielt er den höchsten preußischen Kriegsorden, den Pour le Merite mit Eichenlaub.

Tragischer Unfall. Nachts wurden in Hamburg zwei hiesige Einwohner in der Norderstraße in einem zwei Meter tiefen Kellerloch mit Kopfverletzungen aufgefunden. Auf dem Transport in ein Krankenhaus sind beide Männer gestorben. Es liegt offenbar ein Unfall vor. Bei dem Sturz in das ungeschützte Kellerloch hatten die Verunglückten außer den Kopfverletzungen vermutlich einen Genickbruch erlitten.

Schnellzug Brünn—Prag verunglückt. In der Nähe von Pardubitz entgleiste am Sonntag abend der Schnellzug Brünn—Prag. Der Heizer der Lokomotive wurde getötet. Von dem Zugpersonal wurden eine Person schwer verletzt und zwei leicht verletzt. Drei Angestellte des Speisewagens und sechs Reisende trugen ebenfalls leichtere Verletzungen davon.

Notlandung des Nachtflugzeuges Paris—London. Das Nachtflugzeug Paris—London, das den Post- und Güterverkehr versieht, mußte Montag früh um 3.15 Uhr bei Gourny en Bray auf freiem Felde notlanden. Dabei erlitt der Flugzeugführer und der Bordfunker schwere Verletzungen. Bei der Ueberführung ins Krankenhaus ist ersterer seinen Verletzungen erlegen.

Englischer Rekord. Der 39jährige englische Flieger Brook ist von Australien kommend am Sonntag nachmittag in England gelandet. Er hat die Strecke Port Darwin—Lympne (Kent) in sieben Tagen 19 Stunden 50 Minuten zurückgelegt.

Kraftwagenunglück in Holland. Bei der Ortschaft St. Michelgestel (Nord-Brabant) ereignete sich am Sonntag nachmittag ein schweres Kraftwagenunglück, bei dem vier Personen ums Leben kamen. Ein Personenkraftwagen stürzte bei dem Versuch, einen großen Autobus zu überholen, in den neben der Straße herlaufenden Dommelfluß und versank sofort im Wasser. Die vier Insassen erstickten.

Schneestürme in Nord-Griechenland. In Nordgriechenland und Mazedonien wüteten starke Schneestürme. An verschiedenen Stellen sind die telefonischen und telegraphischen Verbindungen unterbrochen.

Neue Sandstürme in den mittleren Süd-Staaten. Die Staaten Arkansas, Texas und Mississippi wurden erneut von Sandstürmen heimgesucht. Vier Personen wurden getötet und eine größere Anzahl verletzt.

Gewitter über Marokko. Ueber Marokko sind in den letzten 24 Stunden äußerst heftige Gewitter niedergegangen, die unübersehbaren Schaden angerichtet haben. Bei Fez sind mehrere Eingeborenenhäuser infolge Unterspülung eingestürzt. In einem Ort fanden fünf Bewohner unter den Trümmern ihres Hauses den Tod.

Wegen Raubmord an einer Frau zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht Augsburg verurteilte den 34jährigen verheirateten Josef Heimer wegen Raubmordes zum Tode. Heimer hatte am 29. September 1934 eine mit ihm gut bekannte Frau namens Wild gewürgt und mit einem Küchenmesser ermordet, da die Frau baldige Rückgabe eines Darlehens von 30 Mark gefordert hatte. Nach dem Mord raubte Heimer einen 20-Markschein und flüchtete.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt Wildbader Badblatt. Wildbad i. Schwarzwald (Inh. Th. Gack) DA. 2. 35 710

Stadt Wildbad.

Die Reichsverbilligungsscheine für Speisefette

für die Monate April, Mai und Juni 1935 werden an die minderbemittelte Bevölkerung

am Mittwoch, den 3. April 1935, von nachm. 5–7 Uhr

auf der Polizeiwache ausgegeben.

Bürgermeisteramt.

Wer Arbeitskräfte vom Land abzieht, gefährdet die Erzeugungsschlacht und die Ernährungsgrundlage des Volkes.

KAUFHAUS SCHOCKEN
PFORZHEIM

Für die Wäsche

Kernseife 222 hellgelb, Frischgewicht Riegel 500 Gramm 0.24 1000 Gramm	0.48	Wäscheleine geklöppelt 35 Meter 1.00 40 Meter	1.45
Edel-Borax-Kernseife Frischgewicht Stück 250 Gramm	0.15	Wäscheklammern Weißbuche Schock	0.25
Seifenflocken für die feine Wäsche Paket 125 Gramm 0.15 Paket 250 Gramm	0.27	Feder-Wäscheklammern 6 Dutzend im Karton	0.45
Seifenpulver mit oder ohne Schnitzel 500 Gramm-Paket	0.20	Waschbrett mit starker Zink-Einlage	0.95
Strahlweiß selbsttätiges Waschmittel wäscht und bleicht vollkommen selbsttätig, ohne die Wäsche anzugreifen; ersetzt die Rasenbleiche. 250 Gramm-Paket 0.24 500 Gramm-Paket	0.45	Ärmel-Plättbrett gepolstert, gezinkt	1.00
		Plättbrett gut gepolstert ca. 160x26 cm 3.25 ca. 170x30 cm	3.85
		elektr. Bügeleisen vernickelte Haube, 3 kg schwer, mit VDE-Zeichen, mit Aufstellvorrichtung und Zuleitung	4.50

Gutes Tafelklavier billig zu verkaufen

Wo, sagt die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Eberhard-Drogerie

Familiendrucksachen

jeder Art liefert in kürzester Frist

Wildbader Tagblatt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw